

Frage der/des Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**„Gezieltes Werben um Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst in Bremen und Bremerhaven?“**

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

Der Senat bewertet Maßnahmen und Initiativen, Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern gezielt anzusprechen und für eine Anstellung im Schuldienst des Landes Bremen zu gewinnen, prinzipiell positiv. Es ist dabei allerdings zu bedenken, dass bereits tätige Lehrerinnen und Lehrer in anderen Bundesländern nicht nur ihre Berufswahl-, sondern auch ihre Ortsentscheidung wahrscheinlich bewusst getroffen haben und deshalb an anderen Orten sozial etabliert sind. Die regionale Mobilität dieser Lehrerinnen und Lehrer ist deshalb in der Regel vermutlich gering und Kinospots oder Hinweise in sozialen Netzwerken nur eingeschränkt geeignet Menschen dazu zu bewegen, funktionierende berufliche oder private Zusammenhänge aufzulösen. Es ist deshalb sinnvoll, Menschen in jenen Lebensphasen anzusprechen, in denen die beruflichen und sozialen Festlegungen noch nicht so weit ausgeprägt sind: etwa nach dem Studium oder nach dem Referendariat. Hier muss sich dann ein entsprechendes Personalmarketing verstärkt an der Lebenswelt des Adressat\*innenkreises orientieren. Hierzu gehören das wohnliche Umfeld, eine sichere Zukunftsperspektive, die Verdienstmöglichkeiten, ein modernes Lernumfeld und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Aspekte einer gezielten Werbung sind unabhängig von den verwendeten Medien zu berücksichtigen.

Grundsätzlich muss für alle Überlegungen zur Personalgewinnung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern sein, dass sie der Vereinbarung entsprechen, die die Kultusministerinnen und -minister der Länder getroffen und im Rahmen der sog. Stralsunder Erklärung beschlossen haben. Danach bekennen sich die Länder zwar zum Wettbewerb im kooperativen Bildungsföderalismus, betonen aber, dass fairer Wettbewerb eine vertrauensvolle Abstimmung vor allem bei der Rekrutierung von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Ländern bedeutet. Aggressive Werbemaßnahmen verbieten sich danach.

**Zu Frage 2:**

Die Senatorin für Kinder und Bildung veröffentlicht alle Ausschreibungen für Lehrkräfte auf der Homepage sowie im offiziellen Stellenportal des Landes, über das interessierte Menschen durch einen Newsletter informiert werden. Zusätzlich wirbt sie aktuell mit einem Flyer, der in Absprache mit anderen Landesschulbehörden in Studienseminaren ausgelegt wird, um Referendar\*innen aus anderen Bundesländern für den bremischen Schuldienst zu gewinnen.

Die Stadtgemeinde Bremerhaven wirbt kontinuierlich bundesweit um Nachwuchslehrkräfte. Ausschreibungen werden regelmäßig in regionalen und auch

überregionalen Printmedien sowie den offiziellen Websites der Stadt und des Landes veröffentlicht. Daneben werden ebenfalls regelmäßig Ausbildungsseminare für Referendar\*innen im gesamten Bundesgebiet angeschrieben, um auf die Einstellungsmöglichkeiten im Bremerhavener Schuldienst hinzuweisen. Darüber hinaus veröffentlicht die Stadt Bremerhaven Stellenausschreibungen in den einschlägigen Stellenportalen im Internet und nutzt hierbei auch die sozialen Medien sowie eine ausschließlich für den Zweck der Lehrkräftegewinnung geschaltete Internetseite.

Zusätzlich erhalten interessierte Bewerber\*innen auf [www.bildung.bremen.de](http://www.bildung.bremen.de) unter der Rubrik 'Lehrkräfte gesucht' Informationen über die Vorteile einer Tätigkeit als Lehrkraft im Land Bremen. Für den Lehrerberuf im Land Bremen wird außerdem auf Berufsorientierungsmessen geworben; eine spezielle App für den berufsorientierenden Bedarf von Jugendlichen ist in der Entwicklung.